

produktinformation

Der Luxusliner unter den Hochschulgruppen

Vielleicht hast du dich auf deinen ersten Erkundungstouren durch Marburg auch über halb abgerissene Plakate der letzten Uni-Wahl gewundert. Bestimmt sind dir auch Plakate der Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. aufgefallen und du hast dir gedacht, dass die Plakate ja ziemlich schick aussehen oder dass das ganz große Spinner sein müssen. Aber wer ist denn nun die Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.?

Die Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. wurde 2000 mit der Erfahrung gegründet, dass Politik, die an "Mutterparteien" gebunden ist auch immer von diesen mitbestimmt wird und die eigenen Entscheidungsspielräume dadurch sehr eingeschränkt werden.



Wir verstehen uns als grundsätzlich basisdemokratisch und wenden uns gegen zentralistische Strukturen. Die Gruppe ist eine Vertreterin linker, emanzipatorischer Politik, die sich nicht auf die "reine Wahrheit" beschränkt, sondern verschiedene theoretische und praktische Ansätze linker Debatten anerkennt und darauf aufbauend eigene Positionen entwickelt. Dies geschieht in wöchentlichen Gruppentreffen, auf denen wir gemeinsam Texte diskutieren, Veranstaltungen planen und uns über die neusten Ereignisse austauschen. Entscheidungen für die Gruppe können auch nur bei diesem Treffen getroffen werden.

Im Stupa und im AStA

Im gewählten Studierendenparlament (Stupa) und vor allem im Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA) haben wir politische Ansätze und

Schwerpunkte etabliert, die bisher wenig berücksichtigt worden sind.

Unser zentraler Grundsatz der politischen Arbeit liegt in der Betonung des gesellschaftlichen Kontexts von Studium und Wissenschaft. Die Uni schwebt nicht im luftleeren Raum über den Dingen, sondern ist genauso wie der Rest der Welt in Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse eingebunden. Diese Verhältnisse sind genauso in der Uni vorzufinden.

Politik an der Uni macht deshalb nur Sinn, wenn Widerstand gegen unsoziale, rassistische, sexistische und antisemitische Strukturen nicht nur innerhalb der Uni stattfindet, sondern auch aus dieser heraus getragen wird.

Daraus folgt auch die Forderung nach einem allgemeinpolitischen Mandat. Dem AStA muss es möglich sein, zu allen Themen Stellung zu beziehen, was zur Zeit nicht erlaubt ist. Es wird sogar darauf hingearbeitet die Rechte der Studierendenvertretung noch weiter zu beschneiden, wie es mit der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes kürzlich auch schon geschehen ist.

Neben unbedingt zu leistenden Dienstleistungen wie der Sozialberatung oder dem Semesterticket, soll der AStA kritische Wissenschaft und damit verbundene politische Praxis, wie Globalisierungskritik und Kritik am studentischen Verbindungswesen fördern, da der wissenschaftliche Mainstream dafür keinen Raum bietet.

Für eine andere Universität

Universität bedeutet für viele Menschen nur noch reine Ausbildung für einen späteren Beruf. Dies liegt nicht unbedingt an dem Willen der Studierenden sondern hat viel mit gesellschaftlichen und universitären Strukturen zu tun. Dem/der Einzelnen entstehen jetzt schon hohe Kosten für ein Studium. Neben Lebenserhaltungskosten wie Wohnung und Essen fallen eine Reihe weiterer Kosten an. Computer und Internetaccount, Verwaltungsgebühren, Geld für notwendige Bücher und Arbeitsmaterialien, das alles sind Kosten, die ohne Nebenjob von vielen nicht mehr gezahlt werden können. Drohende allgemeine Studiengebühren und die Einführung von Bachelor und Master verschärfen diese Situation weiter. Studienpläne lassen kaum mehr Raum für die eigenen Interessen und

e.mail: 4dissident@gmx.de
infos: www.geocities.com/gruppe_dissident



Zeit zum Geldverdienen wird immer knapper. Das hat zur Folge, dass sich noch weniger Menschen ein Studium leisten können als bisher.

Das gesamte Bildungssystem vom Kindergarten bis zum Abitur und die soziale Stellung der Eltern sind Aussortierungsmechanismen, die auch schon jetzt nur sehr wenigen ein Studium ermöglichen. Ebenso sind ausländische Studierende massiv von der Umstrukturierung der Universität betroffen. Ihnen wird das Studium durch die hohen Kosten und die hohen Anforderungen in den abzulegenden Deutschprüfungen, die schon vielen MuttersprachlerInnen Schwierigkeiten bereiten würden, erschwert.

Kritik an der neoliberalen Umgestaltung muss deshalb zentraler Bestandteil studentischer Politik sein. Forderungen nach einem elternunabhängigen BaFöG können ein Weg sein, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Outside

Außerhalb der Uni setzt sich seit Jahren eine neoliberale Politik durch, die durch massive Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen, wachsenden Druck auf arbeitende und erwerbslose Menschen gekennzeichnet ist. In der Überzeugung dass Universität und sonstige Gesellschaft nicht getrennt werden können, begreifen wir es als unbedingt notwendigen Bestandteil studentischer Politik auch gegen diese Entwicklungen zu handeln. Diese Verbindung zeigt sich u.a. auch an den Jobs, die Studierende zur Finanzierung ihres Studiums machen müssen. Hier steigt der Druck auf Arbeitsbedingungen und Lohn genauso wie in der Arbeitswelt allgemein.

Studi-Jobs werden meist mies bezahlt oder kennen keine Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaubsgeld. Durch solche Zumutungen in ihrer ersten Erfahrung mit dem Erwerbsleben lernen AkademikerInnen bereits während des Studiums, dass man sich in der Arbeit alles gefallen lassen muss. Vor allem in Universitätsstädten wie Marburg drücken die „billigen“ und „willigen“ Studierenden das Lohnniveau der regulär Beschäftigten. Auf Grund unseres Wirtschaftssystems kann nicht ewig studiert werden und Studierende sehen sich spätestens nach dem Studium mit diesen Realitäten konfrontiert. Für uns ist es deshalb wichtig uns nicht von anderen gesellschaftlichen Kämpfen wie Arbeitskämpfen, Protest gegen die Agenda 2010 etc. abzuspalten, sondern aktiv in diese einzugreifen und mitzugestalten. Derzeitiger Schwerpunkt unserer Arbeit gegen Sozialabbau ist der Kampf gegen die geplante Privatisierung der Uni-Kliniken Marburg und Giessen. So beteiligen wir uns an der Bürger Initiative „Rettet die Klinika“, an der Initiative Volksbegehren und planen für Ende November eine Veranstaltungsreihe, in der über die Entwicklung informiert und eine Widerstandsperspektive entwickelt werden soll.

Geschlechterverhältnis

Unsere Politik darf sich nicht nur auf hochschulpolitische und soziale Belange beschränken. Kritik an Geschlechterverhältnissen muss integraler Bestandteil linker Politik sein. Fakt ist derzeit, dass viel weniger Frauen eine Professur innehaben als Männer, weniger Frauen in den Masterstudiengängen zu finden sind, mehr Frauen in sozial kaum abgesicherten Arbeitsverhältnissen

arbeiten müssen, um nur einige Beispiele zu nennen. Um patriarchale Strukturen wie Männerseilschaften und Rollenzuschreibungen aufdecken zu können, muss feministische Analyse und Wissenschaftskritik stärker im universitären Alltag verankert werden. In diesem Zusammenhang ist es für uns wichtig gerade in Marburg männerbündische Strukturen aufzudecken und uns aktiv gegen die zahlreich vorhandenen Studentenverbindungen einzusetzen, die für ein sexistisches Geschlechterverhältnis stehen.

Antifaschismus

Ebenso elementarer Bestandteil linker Politik muss es sein, sich mit dem Faschismus und seinen heutigen Formen zu beschäftigen. Neben selbstverständlichen Aktionen gegen offensichtliche Neonazis ist einer unserer Schwerpunkte, die Kritik der rechten und rechtsextremen Burschenschaften in Marburg und anderswo. Zu nennen sind insbesondere die Normannia-Leipzig in Marburg oder auch die Burschenschaft Dresdensia-Rugia in Giessen. Diese scheuen sich nicht vor Kontakten mit Nazis wie z.B. Horst Mahler zurück. Auch Mitglieder der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag waren zuvor bei Burschenschaften in Marburg und Giessen aktiv. Insbesondere im Rahmen des Antifa/Antira-Referats des AStA versuchen wir einen Beitrag gegen das Vergessen der Verbrechen des Faschismus zu leisten indem wir Fahrten in Gedenkstätten und Vorträge organisieren und uns für eine antifaschistische Gedenkpolitik einsetzen. So wird auf unsere Initiative hin im März 2006 mit der Verlegung der ersten Stolpersteine in Marburg begonnen. Ziel der Stolpersteine ist es die Erinnerung an die von den Nazis Deportierten und Ermordeten an ihre früheren Wohnorte und somit in den heutigen Alltag zu holen.



Wir sehen linke Politik als einzige Möglichkeit ein gutes Leben für alle zu erreichen.

Wenn du das auch so siehst, freuen wir uns, dich bei einer unserer Veranstaltungen oder Infotische zu sehen.

 **Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.**

Kontakt & Infos:

www.geocities.com/gruppe_dissident
4dissident@gmx.de

November 2005

2 <<